

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Datum
28.02.2012
Ausschussbetreuender Fachbereich
Zentraler Dienst 5-10
Schriftführung
Hans-Jörg Fedder
Telefon-Nr.
02202-142865

Niederschrift

Jugendhilfeausschuss
Sitzung am Dienstag, 22.11.2011

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 18:27 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

A Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 04.10.2011 - öffentlicher Teil**
0553/2011
- 4 Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden**

- 5** **Mitteilungen des Bürgermeisters**
0554/2011
- 6** **Anerkennung der PariSozial gGmbH Bergisches Land als Träger der freien Jugendhilfe und Übernahme von Trägerschaften der außerunterrichtlichen Angebote im Rahmen des Offenen Ganztags**
0560/2011
- 7** **Projekte zur Umsetzung des Integrationskonzeptes 2011**
0526/2011
- 8** **Änderung der Richtlinien zur Förderung der Kindertagespflege**
0557/2011
- 9** **Änderung der Elternbeitragsatzung ab 01.08.2012**
0580/2011
- 10** **Mitwirkung von Eltern im Bereich der Kindertageseinrichtungen - Information über die Umsetzung des § 9 Kinderbildungsgesetz**
0582/2011
- 11** **Änderung der Richtlinien zur Förderung von Freizeit- und Erholungsmaßnahmen**
0552/2011
- 12** **Änderung der Richtlinien zur Förderung von Bildungsveranstaltungen**
0542/2011
- 13** **Vorschlag zur neuen Ausgestaltung der Richtlinien der Stadt Bergisch Gladbach über die ergänzende Förderung zum Sozialgesetzbuch und dem Asylbewerberleistungsgesetz**
0518/2011
- 14** **Vorberatung der Haushaltsplanung für die Produktgruppen des Produktbereichs 006 - Kinder-, Jugend- und Familienhilfe für das Haushaltsjahr 2012**
0584/2011
- 15** **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses, Frau Münzer, eröffnet die zehnte Sitzung des Jugendhilfeausschusses in der achten Wahlperiode und stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Das stellvertretende beratende Ausschussmitglied Frau Akkerman wird unter Verlesung des Verpflichtungstextes in ihr Amt eingeführt und zu einer ordnungsgemäßen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben verpflichtet. *(Die Niederschrift über ihre Verpflichtung ist als Anlage beigelegt.)*

Frau Münzer stellt fest, dass sich folgende Ausschussmitglieder entschuldigt haben:

- Frau Becker (Amt für Diakonie) und ihr Vertreter Herr Larondelle (Caritas RheinBerg)
- Herr Heckmann (Caritas RheinBerg), der von Frau Akkermann (Amt für Diakonie) vertreten wird.
- Herr Rodenbach (Bund der Pfadfinder)
- Herr Schnöring und seine Vertreterin Frau Schundau (beide Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
- Frau Mester-Niehoff vertritt Herrn Pfarrer Werner (beide Evangelische Kirche).
- Herr Sellmann (Amtsgericht Bergisch Gladbach)

Herr Hastrich teilt mit, dass **TOP A 9: Änderung der Elternbeitragssatzung ab 01.08.2012** in Abstimmung mit der Vorsitzenden zurückgezogen wurde. Er bittet die Mitglieder des Interfraktionellen Arbeitskreises, im Anschluss an die Sitzung zur Abstimmung eines Termins zur Verfügung zu stehen. Für diesen Tagesordnungspunkt findet am **Mittwoch, dem 25.01.2012**, eine zusätzliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses statt, damit der Rat am 14.02.2012 ggfs. die Elternbeitragssatzung beschließen kann.

Darüber hinaus schlägt Herr Hastrich vor, **TOP A 14: Vorberatung der Haushaltsplanung für die Produktgruppen des Produktbereichs 006 – Kinder-, Jugend- und Familienhilfe für das Haushaltsjahr 2012** nicht zu beraten. Der Bürgermeister empfiehlt den Fraktionen, einen Doppelhaushalt 2012/2013 zu beraten. Die Verwaltung sieht die Möglichkeit, zu einem genehmigungsfähigen Haushaltssicherungskonzept zu kommen.

Herr Buchen (CDU-Fraktion) beantragt, außerdem **TOP A 8: Änderung der Richtlinien zur Förderung der Kindertagespflege** von der Tagesordnung abzusetzen und in der nächsten Sitzung zu behandeln. Die CDU-Fraktion habe noch Beratungsbedarf, weil die nachgereichte Vorlage erst nach der Arbeitsgruppensitzung eingegangen sei.

Herr Kreutz (SPD-Fraktion) beantragt, **TOP A 13: Vorschlag zur neuen Ausgestaltung der Richtlinien der Stadt Bergisch Gladbach über die ergänzende Förderung zum Sozialgesetzbuch und dem Asylbewerberleistungsgesetz** zu vertagen und im Zuge der Haushaltsdiskussion die Fraktionen beraten und abstimmen zu lassen. Es handele sich vornehmlich um eine die Haushaltsmittel interessierende Maßnahme.

Ergänzend teilt Herr Hastrich mit, dass der letztgenannte Punkt vom Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann vertagt wurde.

Herr Klein (Fraktion DIE LINKE./BfBB) verweist darauf, dass dieser Tagesordnungspunkt vor der Vertagung im ASSG diskutiert wurde. Er spricht sich dafür aus, diesen Tagesordnungspunkt und auch TOP A 8 im Jugendhilfeausschuss zu beraten und am Ende der jeweiligen Diskussion zu entscheiden, ob beschlossen oder vertagt werden soll.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgende

Beschlüsse: 1. (mehrheitlich gegen eine Stimme der Fraktion DIE LINKE./BfBB)

TOP A 8: Änderung der Richtlinien zur Förderung der Kindertagespflege wird in die erste Sitzung im Jahr 2012 vertagt.

2. (mehrheitlich gegen eine Stimme der Fraktion DIE LINKE./BfBB)

TOP A 13: Vorschlag zur neuen Ausgestaltung der Richtlinien der Stadt Bergisch Gladbach über die ergänzende Förderung zum Sozialgesetzbuch und dem Asylbewerberleistungsgesetz wird vertagt.

3. (einstimmig)

TOP A 14: Vorberatung der Haushaltsplanung für die Produktgruppen des Produktbereichs 006 – Kinder-, Jugend- und Familienhilfe für das Haushaltsjahr 2012 wird vertagt.

Herr Hastrich weist darauf hin, dass TOP A 8 in der Sitzung am 25.01.2012 beraten wird, während TOP A 13 mit den Haushaltsplanberatungen in der Sitzung am 06.03.2012 beraten werden sollen.

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

Frau Lehnert (CDU-Fraktion) verweist auf das noch ausstehende Ergebnis der von ihr beantragten rechtlichen Prüfung des Tagesordnungspunktes **A 15: Weiterentwicklung der Sozialpädagogischen Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsmaßnahmen (SBBE) – Verwendung der zusätzlichen Mittel** durch die Rechtsstelle.

Herr Droege (katholische Kirche) kritisiert die Formulierung zu TOP A 8 auf Seite 7: „Die Overhead- und die pädagogische Arbeit wurden zwar richtig dargestellt. Die Pädagogen hätten de facto nicht mehr gearbeitet als in den Vorjahren.“. Diese Ausführungen würden unzusammenhängend wirken und nicht den Sinn seiner Ausführungen wiedergeben. Er habe ausgeführt, dass die Darstellung des Overheads und der konkreten pädagogischen Arbeit dahingehend irreführend sei, dass in dieser Darstellung deutlich wurde, es wäre mehr pädagogisch gearbeitet worden. Er habe gesagt, dass schon in den Vorjahren mehr gearbeitet wurde und daher die Darstellungsform bzw. die Errechnungsform überprüft werden müsse.

Mit dieser Änderung wird der öffentliche Teil der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 04.10.2011 - öffentlicher Teil *0553/2011*

Herr Hastrich erinnert an die Anfrage Herrn Buchens aus der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses zu den Spielplätzen. Dazu habe Fachbereich 7 – StadtGrün eine Tischvorlage gefertigt. *(Die Tischvorlage ist als Anlage beigefügt.)* Die Aufstellung umfasst die Ersatzbeschaffungen und Sanierungsmaßnahmen auf Spielplätzen während der letzten Jahre. Aufgrund der derzeitigen Personalsituation könne sich der Fachbereich 5 nicht mit der Spielplatzplanung befassen.

Frau Lehnert möchte wissen, ob eine ausreichende Zahl von Spielplatzpaten gewonnen werden konnte und wie da der Sachstand ist.

Nach Herrn Hastrichs Kenntnisstand gibt es in Bergisch Gladbach kaum Spielplatzpaten. Dieses Programm wird durch Fachbereich 7 – StadtGrün betreut.

4. Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden

Über einen Hinweis auf die Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses am 25.01.2012 hinaus trägt Frau Münzer keine Mitteilungen vor.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters *0554/2011*

Herr Hastrich kommt auf die Diskussion zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes speziell zur Frage der Schulsozialarbeit während der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses zurück. Der Kreistag habe dazu zwischenzeitlich einen Beschluss gefasst. 70 % der Mittel, die für zusätzliche Schulsozialarbeit zur Verfügung stehen, werden für Personalstellen in den Schulen vorgesehen. Sie sollen bei den Kompetenzzentren angesiedelt werden und sollen schwerpunktmäßig Grundschulkindern zugute kommen. 30 % der Mittel sollen den Kommunen für Projektarbeit zur Verfügung gestellt werden. Nicht verwendete Personalmittel werden später für Projektarbeit bereitgestellt. Die zentrale Federführung für die Projektarbeit wird bei der Geschäftsführung der kommunalen Bildungslandschaft, also bei Herrn Buhleier, angesiedelt. Derzeit erfolgen erste Klärungen mit der Zielrichtung, in den Quartieren Gronau – Hand und Bockenberg Kinder und Jugendliche in Haushalten mit Sozialleistungsbezug zu fördern. Von Zeit zu Zeit wird über die Umsetzung dieses Programms berichtet.

6. Anerkennung der PariSozial gGmbH Bergisches Land als Träger der freien Jugendhilfe und Übernahme von Trägerschaften der außerunterrichtlichen Angebote im Rahmen des Offenen Ganztags *0560/2011*

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

1. Die gemeinnützige Gesellschaft für Paritätische Sozialdienste mbH Bergisches Land wird als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 Sozialgesetzbuch Achtes Buch (SGB VIII) anerkannt.
2. Der Übernahme der Trägerschaft über die außerunterrichtlichen Angebote im Rahmen des Offenen Ganztags an den vier Grundschulstandorten in Bergisch Gladbach, die bisher die Vorgängerinstitution Paritätischer Trägerverein L.O.R. e. V. innehatte, wird rückwirkend zum 01.01.2011 zugestimmt.

7. **Projekte zur Umsetzung des Integrationskonzeptes 2011**
0526/2011

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

8. **Änderung der Richtlinien zur Förderung der Kindertagespflege**
0557/2011

Die Vorlage wurde vertagt.

9. **Änderung der Elternbeitragssatzung ab 01.08.2012**
0580/2011

Die Vorlage wurde zurückgezogen.

10. **Mitwirkung von Eltern im Bereich der Kindertageseinrichtungen - Information über die Umsetzung des § 9 Kinderbildungsgesetz**
0582/2011

Herr Hastrich verweist auf die verteilte Tischvorlage. *(Die Tischvorlage ist als Anlage beigelegt.)*

Herr Klein bemängelt, dass zumindest seine Fraktion erst nach dem 10.11.2011 über die Versammlung der Elternbeiräte informiert wurde.

Dazu erklärt Herr Hastrich, es sei nicht Absicht der Verwaltung gewesen, die Fraktionen oder den Ausschuss zu der Sitzung einzuladen, sondern den Ausschuss über die Umsetzung der gesetzlichen Vorschriften über die Elternmitwirkung zu informieren.

Auf Anfrage Frau Lehnerts erklärt Herr Hastrich, die in den Stadtelternrat gewählten Vertreter kämen aus verschiedenen Einrichtungen.

11. **Änderung der Richtlinien zur Förderung von Freizeit- und Erholungsmaßnahmen**
0552/2011

Auf Anfrage Frau Lehnerts erklärt Herr Hastrich, für Freizeit- und Erholungsmaßnahmen sowie für Bildungsveranstaltungen stünden insgesamt 35.000 € (korridorrelevant) zur Verfügung.

Herr Neuheuser (Fraktion KIDinitiative) beantragt, in Ziffer 5.4 der Richtlinien Satz 2 „Sie (= *Wochenend- und Kurzfahrten*) finden außerhalb von Bergisch Gladbach statt.“ zu streichen. Seine Fraktion gehe davon aus, dass pädagogische Maßnahmen ihren Wert unabhängig vom Durchführungsort hätten.

Herr Buchen möchte wissen, ob die Regelungen zur Ersten Hilfe (Ziffer 4.1 der Richtlinien) die gleichen sind wie bei der JuLeiCa. Dies wird von Herrn Zenz bestätigt.

Herr Klein kann in der Vorlage keine wesentlichen Neuregelungen erkennen; finanzielle Auswirkungen würden sich auch nicht ergeben. Die Änderungen hätte die Verwaltung auch ohne Beteiligung des Ausschusses vornehmen können.

Der Vorlage entnehme er, dass früher Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei den Ferienfahrten gefördert wurden. Nach den Kürzungen beim Löwenpass könne diese Förderung wieder aufgenommen werden. Daher regt er die Aufnahme dieser Änderung bis zum nächsten Jugendhilfeausschuss an und schlägt vor darüber nachzudenken, wie man eine Förderung vornehmen könne. Der angestrebte Doppelhaushalt lasse einen etwas größeren Spielraum zu.

Herr Hastrich führt aus, dass die Richtlinien unter Haushaltsvorbehalt beschlossen würden. Haushaltsauswirkungen würden nur dann eintreten, wenn im Rahmen der Haushaltsberatungen mehr Mittel bereitgestellt würden. Eine Förderung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer führe bei gleich bleibendem Haushaltsansatz zu einer Steigerung der Zahl der geförderten Personen und damit zu einer Senkung des pro Person gezahlten Zuschusses. Seinerzeit sei aus Vereinfachungsgründen entschieden worden, die Leitungen mit Tagessätzen zu fördern. Damit stünden den Trägern Mittel zur Verfügung, um die Kosten der Maßnahme zu senken.

Unter dem Gesichtspunkt der zur Verfügung stehenden Mittel sei es auch erheblich, ob auch innerstädtische Wochenend- und Kurzfahrten gefördert werden. Eine pädagogische Beurteilung sei nicht Absicht der Verwaltung. Vielmehr sei die Verwaltung davon überzeugt, dass die gesamte Arbeit unabhängig von der Förderung sehr wertvoll sei. Die Entscheidung, keine Freizeiten innerhalb der Stadt zu fördern war eine Frage der Handhabung und der Abgrenzung von Freizeitaktivitäten in der Stadt von Freizeiten in der Stadt.

Der Unterschied zwischen diesem und dem nächsten Tagesordnungspunkt bestehe darin, dass es sich auf der einen Seite ausschließlich um Freizeit- und Erholungsmaßnahmen handelt, die nicht mit einem Bildungsprogramm verknüpft sein müssen, und auf der anderen Seite um Bildungsmaßnahmen mit einem entsprechenden Konzept oder einer entsprechenden Tagesgestaltung.

Herr Buchen unterstützt den Antrag Herrn Neuheusers. Für ihn sei es schon eine Wochenendfahrt, wenn ein Träger eine Veranstaltung in einem anderen Ortsteil Bergisch Gladbachs durchführt. Ihm schwebe eine Lösung vor, auch bestimmte Maßnahmen innerhalb des Stadtgebiets zu fördern.

Herr Hastrich sieht als eine Lösungsmöglichkeit, dass die Arbeitsgruppe der Jugendverbände die grundsätzlich infrage kommenden Orte definiert. Aufgrund einer solchen Liste könne die Verwaltung Anträge prüfen. Ansonsten bestehe die Schwierigkeit, dass die Verwaltung bei jedem Antrag die Förderfähigkeit des Veranstaltungsortes prüfen müsse.

Jede Erweiterung der Richtlinien führe dazu, dass die Mittel pro Freizeit gesenkt oder mehr Anträge abgelehnt oder zusätzliche Haushaltsmittel bereitgestellt werden müssen. Die Verwaltung sei nicht der Meinung, dass durch ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept zusätzliche finanzielle Spielräume entstehen.

Herr Neuheuser hält eine Liste genehmigungsfähiger Veranstaltungsorte für keine Lösung. Eine solche Liste müsse auch jede zur Verfügung gestellte Wiese aufführen. Solche Freizeiten wären förderungswürdig, weil sie der Gruppe an sich und dem Einzelnen in seiner Fortentwicklung sehr viel bringen. Die Jugendverbände leisten für die Kinder und Jugendlichen dieser Stadt eine wertvolle Arbeit. Dies solle gewürdigt werden. Alternativ könne die Förderung an Inhalte geknüpft werden.

Herr Klein kündigt an, dem Antrag Herrn Neuheusers zuzustimmen. Ob ein neuer Haushalt mehr oder weniger Mittel für solche Freizeiten enthält, sei noch nicht absehbar. Zumindest der beim Löwenpass eingesparte Betrag müsse im nächsten Haushalt vorhanden sein.

Die Arbeit der Jugendgruppen werde immer mehr gefragt, weil die Angebote der Jugendzentren fehlen. Der Jugendhilfeausschuss könne dem Rat durchaus die Erhöhung einzelner Ansätze empfehlen und dann die Entscheidung des Rates abwarten.

Herr Hastrich erklärt, die bereitgestellten Mittel würden auf alle Zwecke verteilt, die die Richtlinie berücksichtigt. Eine Steigerung der Zwecke führe zwangsläufig zu geringeren Mitteln für die einzelne Veranstaltung. Unrichtig sei die Auffassung Herrn Kleins hinsichtlich der anderweitigen Verwendung nicht ausgegebener Löwenpass-Mittel. Angesichts des für 2011 erwarteten Fehlbetrages ermöglichen geringere Ausgaben für den Löwenpass nicht höhere Ausgaben an anderer Stelle. Bei der Neufassung der Richtlinien gehe es nicht um die pädagogische Arbeit der Jugendverbände, die er sehr schätze. Hier gehe es darum, wie die Freizeitförderung verwaltungstechnisch umgesetzt werden kann. Werden Freizeitmaßnahmen auch innerhalb Bergisch Gladbachs zugelassen, müssen auch die Rahmenbedingungen dafür definiert werden.

Herr Mumdey ergänzt, dass es sich hier um Ausgaben innerhalb des Korridors handelt. Erhöhungen einer Korridorposition führen zwangsläufig zu Kürzungen bei anderen Korridorpositionen. Er verweist auf das Recht einer jeden Fraktion, im Rahmen der Haushaltsberatung Anträge zu stellen.

Frau Münzer schließt sich der Auffassung an, dass auch Freizeitmaßnahmen innerhalb Bergisch Gladbachs pädagogisch wertvoll sind.

Herr Kreutz schlägt vor, dass Wochenend- und Kurzfahrten in der Regel außerhalb von Bergisch Gladbach stattfinden.

Diesem Vorschlag schließt sich Herr Neuheuser an.

Herr Kreutz bittet um Berichterstattung nach einem Jahr, ob sich diese Änderung bewährt hat.

Herr Klein sieht es als Antrag, die Verwaltung möge bis zur nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses prüfen, wie die Wiederaufnahme der Förderung wie in früheren Zeiten erfolgen kann. Zunächst solle der Ausschuss allgemein über die Wiedereinführung dieser Förderung abstimmen, bevor seine Fraktion die konkrete Förderung mit einem konkreten Betrag beantragt. Unter Hinweis auf die Darstellung der Vorlage erklärt er, die Wiedereinführung dieser Förderung sei auch Wunsch der Jugendverbände.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Die Änderung der „Richtlinien zur Förderung von Freizeit- und Erholungsmaßnahmen“ wird entsprechend des in der Anlage 2 vorgelegten Entwurfes beschlossen. Die geänderten Richtlinien treten zum 01.01.2012 in Kraft. Bestandteil dieses Beschlusses ist die von der Fraktion KIDinitiative beantragte Änderung, wonach Wochenend- und Kurzfahrten in der Regel außerhalb Bergisch Gladbachs stattfinden (Ziffer 5.4 der Richtlinien).

Herr Buchen hält zur Absicht Herrn Kleins einen schriftlichen Antrag für erforderlich, damit die Verwaltung dazu eine schriftliche Stellungnahme abgeben kann.

Herr Hastrich stellt klar, dass der Vorschlag Herrn Kleins eine Ergänzung des letzten Satzes der Ziffer 5.2 der Richtlinien etwa in der Form bedeute: „ . . . pro Mitarbeiterin bzw. Mitarbeiter **und x € pro Teilnehmerin und Teilnehmer.**“ Die Fassung der Vorlage sei mit den Jugendverbänden abgestimmt. Schon heute können nicht alle gestellten Anträge bewilligt werden. Strebe die Fraktion DIE LINKE./BfBB eine Änderung dieser Richtlinien an, bitte er um Vorlage eines konkreten Änderungsantrages.

Herr Neuheuser ist der Auffassung, dass die vorliegende Richtlinie den Kürzungen der vergangenen Jahre geschuldet sei. Für die Förderung von Teilnehmern und Mitarbeitern stünde nicht mehr genug Geld zur Verfügung; diese Förderung habe zuletzt nur noch etwa 0,20 € betragen.. Die Förderung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer setzte eine Erhöhung der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel voraus. Beim jetzigen Ansatz halte er eine Förderung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer nicht für sinnvoll.

12. Änderung der Richtlinien zur Förderung von Bildungsveranstaltungen
0542/2011

Herr Klein kritisiert unter Hinweis auf die Beratung des vorangegangenen Tagesordnungspunktes, dass die Verwaltung in der Vorlage keine Erhöhung des Haushaltsansatzes für möglich hält. Derlei Festlegungen solle nur der Rat treffen.

In den strategischen Zielsetzungen werde davon ausgegangen, dass gegenüber 2009 die Teilnehmerzahl nahezu gleich geblieben ist.

Seine Fragen und Anmerkungen beantwortet Herr Hastrich dahingehend, dass er bei Abfassung der Vorlage von einem Haushalt unter Nothaushaltsrecht ausgegangen sei. Unter dieser Voraussetzung galten die Korridorspielregeln, die eine Erhöhung des Betrages ausschlossen. Dem Rat stehe frei, ggfs. zu einem anderen Ergebnis zu kommen. Gleichwohl empfehle die Verwaltung, es bei den jetzigen Haushaltsmitteln zu belassen.

Doppelhaushalt und genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept führen keinesfalls zu zusätzlichen Handlungsspielräumen. Ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept komme nur dann zustande, wenn die restriktive Haushaltsführung fortgesetzt wird.

Der Betrag 3,07 € resultiert aus der exakten Umstellung von DM auf €.

Die Anzahl der Teilnehmer bzw. der durchgeführten Bildungsmaßnahmen blieben über die Jahre relativ stabil, soweit es den förderungsfähigen Bereich betrifft.

Zu einer Nachfrage Herrn Kleins zur Reduzierung auf 45 % erklärt Herr Zenz, es sei darum gegangen festzuhalten, dass ein bestimmter Betrag für Bildungsmaßnahmen zur Verfügung steht. Dieser Betrag sollte nicht geändert werden. Die Aufteilung erfolge nach den dargestellten Prozentsätzen.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

Beschluss: (mehrheitlich gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE./BfBB)

Die Änderung der „Richtlinien zur Förderung von Bildungsmaßnahmen im Rahmen der außerschulischen Jugendbildung“ wird entsprechend des in der Anlage 2 vorgelegten Entwurfes beschlossen. Die geänderten Richtlinien treten zum 01.01.2012 in Kraft.

13. Vorschlag zur neuen Ausgestaltung der Richtlinien der Stadt Bergisch Gladbach über die ergänzende Förderung zum Sozialgesetzbuch und dem Asylbewerberleistungsgesetz
0518/2011

Dieser Tagesordnungspunkt wurde vertagt.

14. Vorberatung der Haushaltsplanung für die Produktgruppen des Produktbereichs 006 - Kinder-, Jugend- und Familienhilfe für das Haushaltsjahr 2012

Die Vorlage wurde zurückgezogen.

15. Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Droege

Ich habe eine Frage bezüglich des Dialogforums. Da gab es im Vorfeld eine Abstimmung zwischen Träger und Jugendamt zwecks Terminvereinbarung. Wird das heute geklärt? Die Träger hätten vorab mit dem Jugendamt und Frau Münzer einen Termin ausgesucht.

Herr Hastrich erinnert an die Beratungen dazu während der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses. Nach seiner Erinnerung sei als Termin Dienstag, der 30.10.2012 für eine Sitzung des Jugendhilfeausschusses als Dialogforum bei einem der freien Träger festgelegt worden. Der Termin sei im Gegensatz zu früheren Überlegungen so spät gewählt worden, weil im Gegensatz zu den Vorjahren voraussichtlich keine Haushaltsberatungen stattfinden.

Herr Neuheuser

Ich habe noch eine Anfrage zu den Freizeit- und Erholungsmaßnahmen. Mich würde interessieren, wie viele Maßnahmen letztes Jahr nicht bewilligt wurden, weil entweder das Budget erschöpft war oder aufgrund der Regelung, dass solche Veranstaltungen außerhalb von Bergisch Gladbach stattfinden mussten.

Herr Hastrich erklärt nach Kontaktaufnahme mit Frau Odenthal, die Verwaltung habe keine Anträge abgelehnt. Maßnahmen innerhalb Bergisch Gladbachs seien nicht beantragt worden. Eine schriftliche Antwort wird zugesagt.

Frau Münzer

Ich habe heute im Kölner Stadt-Anzeiger gelesen, dass es in einer Paffrather Grundschule alevitischen Religionsunterricht gibt. Dazu hätte ich gerne den Hintergrund gewusst. Hat die Schule den Antrag gestellt? Was hat die genannte Lehrerin für einen Hintergrund? Und was hat sie für eine Ausbildung?

Herr Hastrich würde die Beantwortung gerne Herrn Dr. Speer für den ABKSS nächste Woche überlassen. Der Jugendhilfeausschuss würde eine Durchschrift der Antwort bekommen. Frau Münzer ist mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

Herr Klein

Diese Frage hätte ich eigentlich bei TOP A 8 gestellt. Das tue ich jetzt: In der Vorlage stand zu lesen, dass es in Bergisch Gladbach eine nahezu hundertprozentige Versorgung mit Kindergartenplätzen gibt. Auf der Suche nach einem Platz in einer Kita falle ich wahrscheinlich unter die Nahezu-Punkte. So einfach ist das nicht.

Können Sie Angaben machen, wie die freien Plätze aussehen für unter Dreijährige und für die Kindergartenplätze für die Vier-, Fünf- und Sechsjährigen? Bei Anfragen bei Kindergärten kommt man immer auf Wartelisten, die weit in die Zukunft reichen. Was ist „nahezu hundertprozentig“?

Herr Hastrich erklärt, eine nahezu hundertprozentige Versorgung werde für die Personen mit einem individuellen Rechtsanspruch erreicht, also für Kinder vom vollendeten dritten Lebensjahr an. Es mag sein, dass in einer einzelnen Einrichtung nicht sofort ein Platz verfügbar ist. Das liege aber we-

niger an der Gesamtzahl der Plätze für Kinder über drei Jahren, sondern an der erforderlichen Einhaltung der Fördermodalitäten des Landes durch die Stadt. Träger haben konkrete Zuordnungen nach Alter und Betreuungsbudget. Beispielfähig könnte ein Platz für eine Betreuung mit 25 Wochenstunden nachgefragt werden, den es aber in der Einrichtung nicht gibt.

Zutreffend ist es, dass es keine Vollversorgung bei der Betreuung der unter Dreijährigen gebe. Eine solche Versorgung wird auch nicht bis zum 01.08.2013 erreicht, wo es generell einen Anspruch auf die Versorgung mit Kindertagesbetreuungsplätzen nach dem vollendeten ersten Lebensjahr gibt. Bergisch Gladbach strebt laut Ratsbeschluss an, dann eine Versorgung für 40 % der Kinder zu erzielen. Wir gehen bis heute davon aus, dass dies mit der Umsetzung des beschlossenen Ausbaupaketes gelingt.

Herr Klein fragt nach, ob abgewartet werden soll, ob eine vierzigprozentige Versorgung ausreichend ist oder wie die Bevölkerung das annimmt. Möglicherweise sei die Nachfrage dann doch größer. Es können aber nicht zügig neue Plätze bereitgestellt werden. Seines Wissens beträgt die Versorgungsquote etwa 20 %; in den nächsten zwölf Monaten müsse die Platzzahl für unter Dreijährige verdoppelt werden. Er fragt, ob das machbar sei.

Dazu erklärt Herr Hastrich, die Lage in Bergisch Gladbach sei günstiger als von Herrn Klein beschrieben. Die Versorgung unter Dreijähriger betrage knapp 30 %. Die Stadt könne selbst mit einem genehmigungsfähigen Haushaltssicherungskonzept kaum mit weiteren Baumaßnahmen reagieren, weil die Mittel für Investivmaßnahmen fehlen.

Derzeit werden die Planungsvorgaben des Jugendhilfeausschusses und des Rates abgearbeitet. Damit liege Bergisch Gladbach über den gesetzlichen Vorgaben. Die Verwaltung halte eine Fortschreibung der Zahlen für wahrscheinlich. Hilfreich wäre zu wissen, wie in Nordrhein-Westfalen das Kinderbildungsgesetz vom 01.08.2013 an aussehe. Die Landesregierung habe angekündigt, zu diesem Zeitpunkt das Gesetz umfassend ändern zu wollen. Dies bedeute Eingriffe in die Strukturen und wahrscheinlich auch in die Finanzierungsstrukturen.

Herr Buchen

Mir geht es noch mal um das Thema Spielplätze. Zunächst vielen Dank für die Tischvorlage. Mich würde interessieren, in welcher Form wir in welchen Ausschüssen das Thema Spielplätze in naher Zukunft beraten wollen.

Wir reden immer mal wieder darüber. Das betrifft eher mehr den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr. Wie es jetzt läuft, soll nicht einfach fortgeführt werden. Wir wollen uns schon Gedanken machen, wie wir dies steuern oder ein anderes Konzept aufgreifen können, damit auch zukünftig die Spielplätze noch bespielbar sind.

Frau Münzer schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18.23 Uhr.

Münzer
Vorsitzende

Fedder
Schriftführer